

Mainstream statt Vielfalt

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen novelliert den Bürgerfunk aufs Abstellgleis. Sendezeit verkürzt und auf 21 Uhr verlegt

Thomas Eidmann

Seit nunmehr 17 Jahren liefern Tausende Menschen Beiträge für den Bürgerfunk in den NRW-Lokalradios. Rund 10000 Sendungen gehen so alljährlich über den Äther. Es beteiligen sich die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen. Sie alle haben im Bürgerfunk einen einzigartigen Kanal für ihre Öffentlichkeitsarbeit gefunden und produzieren Beiträge zu einem breiten Spektrum von Themen im jeweiligen Verbreitungsgebiet – ein flächendeckendes Erfolgsmodell von lokaler Bürgerbeteiligung im Radio.

Noch. Denn die CDU-FDP-Landesregierung hat nun eine Novelle des Landesmediengesetzes auf den Weg gebracht, die die Meinungsfreiheit und Bürgerbeteiligung im lokalen Rundfunk auf ein Minimum reduziert. Landesweit einheitlich sollen die Bürger in Zukunft nur noch eine Stunde und diese auch erst ab 21 Uhr senden dürfen. Fremdsprachige Beiträge sind dabei verboten. Deutsch muß sein, was die Bürger anbieten. Adieu, Menschenrechtsinfos von Amnesty International – im Bürgerradio der Zukunft hat der Blick über den Tellerrand ausgefunkt. Für die rund 2000 Produktionsgruppen im Lande, die regelmäßig Beiträge herstellen, war das ein Schock. Auf mehr als die Hälfte der Sendezeit sollen die Bürgerfunker vielerorts verzichten, der Sendebeginn verschiebt sich zum Teil um drei Stunden nach hinten in den sogenannten »Fernsehschatten«. 21 Uhr, eine Zeit in der kaum noch jemand Radio hört, bedeutet für viele Beteiligte das Motivationsaus.

Für die Mitarbeiter der rund 140 Radiowerkstätten in NRW, mit deren Hilfe und Studientechnik die Bürgerbeteiligung im Lokalfunk überhaupt erst möglich gemacht wurde, war das nicht der einzige Schock im laufenden Gesetzgebungsverfahren. So wird es nach dem Willen der Regierungskoalition in Zukunft keinerlei Grundförderung für die Radiowerkstätten mehr geben. »Wir halten es nicht für unsere Aufgabe sicherzustellen, wie die Dauerfinanzierung an dieser Stelle aussieht«, begründet Michael Brinkmeier, medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, lapidar den Abschied vom bisherigen Fördermodell. Zukünftig sollen lediglich Projekte in den Bereichen Qualifizierung und Medienkompetenzförderung aus Mitteln der Landesanstalt für Medien NRW finanziert werden. Bei der Förderung von Medienkompetenz geht es der Landesregierung vorrangig um Schulprojekte in Kooperation mit den Lokalradios. Ein perfider Winkelzug, mit dem die schulische Pflichtaufgabe der Medienkompetenzförderung aus Rundfunkgebühren subventioniert wird. Die Infrastruktur, mit deren Hilfe in den letzten 17 Jahren zahllose Schulprojekte ins Radio gebracht wurden, bleibt derweil auf der Strecke. Aus ein paar Projektmitteln lassen sich zukünftig die laufenden Kosten der Radiowerkstätten sicher nicht decken.

Mit dem Zurückdrängen der Bürgerbeteiligung im NRW-Lokalfunk leisten CDU und FDP den Hörern, die an lokalen Informationen interessiert sind, einen Bärendienst. Denn die Sendezeit zwischen 18 und 21 Uhr, die das neue Landesmediengesetz nun freiräumen soll, wird mehrheitlich nicht von den Lokalfunkstationen genutzt. Sie senden ohnehin nur zwischen fünf und acht Stunden lokales Programm in den Primetimes bis 18 Uhr. Lachender

Dritter ist dabei Radio NRW, der bundesweit größte private Hörfunkanbieter, der die Lokalradios mit einem Mantelprogramm versorgt. Dort freut man sich über die zukünftig bessere Vermarktbarkeit der Abendschiene. Auf lokale Informationen werden die Hörer dann wohl vergeblich warten.

Veranstaltungshinweis: Zentrale Protestveranstaltung zum Erhalt des Bürgerfunks in NRW am Samstag, 17. März, ab 14 Uhr auf dem Roncalliplatz in Köln (Domplatte). Weitere Informationen:

unter lbf-nrw.de